

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der

Stadtverordnetenversammlung

der Stadt Lindenfels

am Donnerstag dem 05. Feb. 2015, 19.30 Uhr

im Kursaal des Haus des Gastes (Bürgerhaus) Lindenfels Kernstadt, Burgstr. 36.

Die Sitzung wurde einberufen mit folgender

TAGESORDNUNG

TEIL I

1. Magistratsbericht
2. Anfragen und Mitteilungen

TEIL II

3. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Lindenfels Kernstadt
4. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Doppelhaushalt)
5. Bürgerbefragung Schwimmbad
hier: Zugriff auf die Mittel bei der Kostenstelle 084241005 im Vorgriff auf die Genehmigung zum Haushaltsplan 2015
6. 1. Änderungssatzung der Gebührenordnung zur Benutzungsordnung für das Schwimmbad der Stadt Lindenfels
7. Betriebskostenabrechnung 2013 der Ev. Kita Baur de Betaz hier: Kenntnisnahme des Prüfungsberichts

8. Klarstellungssatzung „Hohensteinstraße 12“ der Stadt Lindenfels gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) über die Festlegung der Grenze für den im Zusammenhang bebauten Stadtteil Schlierbach im Bereich des Flurstückes Nr. 334/15 in der Flur 1 der Gemarkung Schlierbach
hier: Beschlussfassung der Klarstellungssatzung „Hohensteinstraße 12“ gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB

9. Anfrage der Telekom zur Aufstellung eines Funkmastes im Gewerbegebiet Im Gehren

Anwesend: Stadtverordnetenvorsteher Rudi Schmidt, LWG/CDU
Stadtverordneter Peter Bitsch, LWG/CDU
Stadtverordneter Georg Bumann, LWG/CDU
Stadtverordneter Jürgen Höbel, LWG/CDU
Stadtverordneter Thomas Höbel, LWG/CDU
Stadtverordneter Alfons Moritz, LWG/CDU
Stadtverordneter Rangold Richter, LWG/CDU
Stadtverordneter Ulrich Rossmann, LWG/CDU
Stadtverordnete Barbara Roth, LWG/CDU
Stadtverordneter Alexander Strohenger, LWG/CDU
Stadtverordneter Ferdinand Wojacek, LWG/CDU
Stadtverordnete Ursula Arnold, SPD
Stadtverordnete Ingrid Bauer, SPD
Stadtverordneter Thomas Bauer, SPD
Stadtverordneter Kurt Dersch, SPD
Stadtverordneter Dirk Dins, SPD
Stadtverordnete Beate Gammel, SPD
Stadtverordneter Heiko Grieser, SPD
Stadtverordneter Stefan Ringer, SPD
Stadtverordneter Heiko Schmidt, SPD
Stadtverordneter Harald Stanka, SPD
Stadtverordneter Ingo Thaidigsmann, SPD
Stadtverordneter Jürgen Erhardt, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Martin Krey, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Jochen Ruoff, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Dr. Siegfried Schwarzmüller, Bündnis 90/
Die Grünen
Stadtverordneter Dieter Adolph, FDP

Entschuldigt: Stadtverordneter Norbert Risch, LWG/CDU
Stadtverordneter Peter Riebel, LWG/CDU
Stadtverordneter Maximilian Klöss, SPD
Stadtverordnete Marine Herve, Bündnis 90/Die Grünen

Vom Magistrat: Bürgermeister Michael Helbig
1. Stadtrat Otto Schneider, SPD
Stadtrat Reinhard Bitsch, LWG/CDU
Stadtrat Werner Hunkeler, SPD
Stadtrat Ralf Löffler, Bündnis 90/ Die Grünen
Stadtrat Gerhard Scheerer, SPD
Stadtrat Heiner Wider, LWG/CDU

Verwaltung: Markus Loser

Schriftführerin: Ingrid Ripper

Zuhörer : 18 Zuhörer

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt er fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig versammelt ist, und dass damit die zu fassenden Beschlüsse rechtsgültig zustande kommen. Er fragt, ob es Einwände gegen die Tagesordnung gibt und ob Interessenwiderstreit besteht. Es werden keine Einwände geltend gemacht. Stadtverordneter Ringer bittet folgenden Antrag (Resolution) in die Tagesordnung aufzunehmen:

„Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße“

Abstimmung : 27 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt teilt mit, dass die Protokolländerung zur Sitzung vom 18.09.2014 in Bearbeitung sei.

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt gratuliert nachträglich mit Überreichung eines Präsents im Namen der städt. Gremien Stadtverordneten Moritz zu seinem 60. Geburtstag.

Teil I

1. Magistratsbericht

Bürgermeister Helbig berichtet

- Der Vertrag mit dem Reisebüro Schmidt über die touristischen Dienstleistungen wurde verlängert.
- Es liegt ein Vorschlag zur Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses Seidenbuch vor. Dieser wird jedoch so nicht umzusetzen sein.
- Der Vertrag mit dem Deutschen Drachendomuseum wurde verlängert.
- Der Notarztstandort am Luisenkrankenhaus ist in Überprüfung
- Die Vollsperrung der L 3099 durch Bauarbeiten in Glattbach und deren Auswirkungen sind unbefriedigend.
- Der Kassenkredit von 3 Mio € wurde für 6 Monate zum Zinssatz von 0,25 v.H. p.a. verlängert. Die Stadt hat keine Kredite mehr in Schweizer Franken.
- Der Kioskbetreiber für das Schwimmbad hat gekündigt.
- Der Jahresabschluss 2010 wird am 09.02.2015 dem Magistrat vorgelegt.
- Laut Mitteilung der Kreisverwaltung muss die Stadt bis Ende März d.J. weitere Asylbewerber aufnehmen.
- Der Antrag auf Förderung aus dem Leader Plus Programm (EU-Förderung) sei soweit genehmigt – das Projekt an der Burganlage wurde berücksichtigt.
- Hinweis auf die Tischvorlage über die Inanspruchnahme von Rechtsberatung und Dienstleistungen von 2009 bis 2014 - Reduzierung der Kosten um 2/3 in diesem Zeitraum
- Stand der Kredite zum 31.12.2014: 5,8 Mio €

-

2. Anfragen und Mitteilungen

Keine

6. 1. Änderungssatzung der Gebührenordnung zur Benutzungsordnung für das Schwimmbad der Stadt Lindenfels

Während der Beratung wird die Sitzung auf Antrag von Stadtverordneten Moritz um 21.08 Uhr für 5 Minuten unterbrochen. In der sich anschließenden Fortführung der Beratung stellt Stadtverordneter Erhardt den Antrag unter § 1 Abs. 2 des Satzungsentwurfs die Dauerkarten für Erwachsene auf 75,00 € festzulegen.

Abstimmung: 23 dafür, 0 dagegen, 4 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Änderungssatzung zur Gebührenordnung zur Benutzungsordnung für das Schwimmbad in der Fassung der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses unter Einbeziehung des beschlossenen Änderungsantrages.

Abstimmung: 25 dafür, 0 dagegen, 2 Enthaltungen

7. Betriebskostenabrechnung 2013 der Ev. Kita Baur de Betaz hier: Kenntnisnahme des Prüfungsberichts

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Prüfungsbericht des Revisionsamtes des Kreises Bergstraße vom 04.12.2014 zur Kenntnis.

Abstimmung: 27 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

8. Klarstellungssatzung „Hohensteinstraße 12“ der Stadt Lindenfels gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) über die Festlegung der Grenze für den im Zusammenhang bebauten Stadtteil Schlierbach im Bereich des Flurstückes Nr. 334/15 in der Flur 1 der Gemarkung Schlierbach hier: Beschlussfassung der Klarstellungssatzung „Hohensteinstraße 12“ gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lindenfels erlässt die Klarstellungssatzung „Hohensteinstraße 12“ (Variante 4) der Stadt Lindenfels gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB über die Festlegung der Grenze für den im Zusammenhang bebauten Stadtteil Schlierbach im Bereich des Flurstückes Nr. 334/15 in der Flur 1 der Gemarkung Schlierbach, bestehend aus dem beigegeführten Satzungstext und dem dazugehörigen Lageplan.

Der Magistrat der Stadt Lindenfels wird beauftragt, zunächst den Satzungstext sowie den Lageplan auszufertigen. Im Anschluss daran soll dieser Beschluss zur Klarstellungssatzung ortsüblich bekannt gegeben werden.

Abstimmung: 26 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung

9. Anfrage der Telekom zur Aufstellung eines Funkmastes im Gewerbegebiet Im Gehren

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Errichtung eines Funkmastes im Gewerbegebiet Im Gehren durch die Telekom zu. Über die Höhe der Pacht ist zu verhandeln.

Abstimmung: 22 dafür, 2 dagegen, 3 Enthaltungen

10. Resolution

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachstehende Resolution:

Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße

Für Demokratie, Weltoffenheit und Vielfalt !

Flüchtlinge sind willkommen!

Wir sind erschüttert und traurig über die hasserfüllten und gewalttätigen Terroranschläge von Paris. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Der Angriff auf unsere demokratischen Grundwerte verlangt nach umsichtigen Reaktionen, die von einer wertebezogenen Politik geprägt werden.

Wir treten für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft ein und bekennen uns zu den in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechten, die unabhängig von Geschlecht, Herkunft und religiöser oder politischer Anschauung für alle Menschen gelten.

Wir stehen gemeinsam dafür ein, dass jede und jeder Einzelne das Recht hat, seine Meinung frei zu äußern, ohne um sein Leben fürchten zu müssen. Wir können es ertragen, wenn wir unterschiedlicher Auffassung sind, wenn wir kontrovers diskutieren, wenn wir streiten. Nicht ertragen können wir es, wenn die Meinungsfreiheit unterdrückt und Andersdenkende mundtot gemacht werden sollen.

Wir achten, wahren und schützen die Würde und die Recht aller Menschen und respektieren uns in unserer Vielfalt.

Wir sind bereit, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, besonders für Menschen, die vor Krieg und politischer, religiöser oder ethnischer Verfolgung, vor Hunger und bitterer Armut, vor Umweltzerstörung und vor brutalen Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat fliehen müssen. Flüchtlinge suchen Schutz, Sicherheit, Freiheit und eine menschenwürdige Zukunft. Sie brauchen unsere Anteilnahme und Solidarität – nicht Misstrauen und Ablehnung !

Das Schüren von diffusen Ängsten vor einer angeblichen Überfremdung in unserem Land, eine nationale Abschottung und fremdenfeindliche Bewegungen lehnen wir strikt ab. Wer mit Ängsten spielt, Intoleranz predigt oder Fremdenfeindlichkeit schürt, für den haben wir kein Verständnis, den werden wir im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit bekämpfen !

Hass, Fanatismus, Fundamentalismus und Gewalt haben in einer weltoffenen Gesellschaft keinen Platz !

Wir wehren uns gegen jede Form von Ausgrenzung, Rassismus und Menschenverachtung.

Wir engagieren uns für ein kulturelles Miteinander, gegen Fremdenhass und für Respekt.

Wir werben für offene Herzen und eine Gesellschaft in Vielfalt.

Wir sagen JA zur Freiheit des Wortes und der Meinung.

Wir sagen JA zu unserer gesellschaftlichen Vielfalt.

Wir sagen Nein zur Gewalt.

Wir sagen Nein zur gesellschaftlichen Ausgrenzung.

Abstimmung: 27 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

Ende der Sitzung: 21.38 Uhr.

Schmidt
Stadtverordnetenvorsteher

Ripper
Schriftführerin